

# Klare Front gegen Landesregierung

## Deponie Münnehagen und Perspektiven nach der Wahl – eine politische Podiumsdebatte

**Rehburg/Münnehagen (re).** Die Giftkippe Münnehagen sei nach der von der SPD-Landesregierung durchgesetzten „Schmalspursicherung“ mit einem unverantwortbaren Umweltrisiko behaftet. Daher sehen Landespolitiker der CDU und Grünen, Landtagskandidaten, Rehburg-Loccums Stadtdirektor Dieter Hüsemann, die Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll“ und das Bürgerbüro Handlungsbedarf; die gestrichene Wasserhaltung auf der Deponie realisieren. In einer Podiumsdiskussion vor nur 16 Zuhörer im Rehburger „Raths-Keller“ forderten die Beteiligten Maßnahmen zur Kompensierung des Rufschadens und Schadensbegrenzung mit Neuaufnahme des Münnehagen-Verfahrens.

### Das politische Risiko bleibt bestehen

Wegen des Gefährdungspotentials ist die Deponie für die FDP-Landtagskandidatin, Vera Hauser (Rehburg), nicht mit anderen Atlasten zu vergleichen, weil sie Gifte unbekanntes Inhalts enthält, die miteinander reagieren. Der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Christian Schwarzenholz, hält die Deponie wegen der hohen Giftkonzentration für einmalig in Deutschland. Für den Grünen-Landtagskandidaten, Heinz Schröder (Winzlar), bleibt das politische Risiko vor allem ohne Wasserhaltung bestehen. Dazu MdL Willi Heineking (CDU/Landesbergen): „Der Einstieg mit dieser Sicherung ist der Ausstieg aus der Sicherung.“ Seit 1988 sei nicht mehr über die Gefährdung gesprochen worden. SPD-Landtagskandidat Detlef Rode (Liebenau) verlangte

wie Moderator Peter Thiele von der Bürgerinitiative eine Wasserhaltung, die im Zusammenspiel mit den anderen Sicherungselementen steuerbar ist.

Heinrich Bredemeier vom Bürgerbüro und Thiele sind sich sicher: Trotz der Schlitzwände reichern sich ohne Wasserhaltung Gifte aus der Deponiesohle im Grundwasser an und geraten bis an die Oberfläche. „Die Verantwortung für eine funktionierende Sicherung bleibt“, bekräftigen Rode und Heineking den Handlungsbedarf. 1988 habe Schröder erklärt, die Region um Münnehagen müsse geschützt werden. Jetzt erfolge Umweltdumping, sagt Heineking.

Nur eine umfassende Sicherung kann die Sanierung begleiten, unterstreicht Hauser: Handlungsbedarf hätten bereits das Verwaltungsgericht am 12. Dezember 1988 und darauf folgende politische Entscheidungen bekräftigt, sagt der Stadtdirektor, der den Sicherungsbeginn anmahnt und Rechtsweg ankündigt, wenn die Wasserhaltung nicht als Vertragsoption festgeklappt wird.

Die Umweltpolitiker aller Landtagsfraktionen sind sich laut Schwarzenholz über die Gefährdung einig. „Nur die Finanzpolitiker nicht.“ Er fordert eine Neuauflage des Runden Tisches. Alle Fraktionen würden das mitmachen, sagt er und verlangt von der Region eine Definition über Verfahrensziele. „Hatten wir schon“, so Hüsemann unter Hinweis auf gebrochene Versprechungen. Die Umweltpolitiker würden zum zweiten Male unterliegen. „Machen Sie erst Ihre Schularbeiten, dann wir auch.“

Rode will die Forderungen der Region „auch gegen meine Fraktion mittragen“.

Die Deponie sei kein Tummelplatz für Parteipolitik. Die CDU stehe dahinter, so Heineking. Schröder hofft, daß der Ministerpräsident nach Bonn geht.

Den Rufschaden hat das Land mit einem Strukturprogramm zu begleichen, bringen Heineking und Schwarzenholz zum Ausdruck. Schröder spricht von einem Tourismusplan, Rode vom Förderungskonzept für das Stadtgebiet und von Kontakten zum Sozialministerium. Für Hauser bekommt die Stadt durch umfassende Sicherung ein neues Image.

### Wut aufgreifen und kanalisieren

Schadensbegrenzung liegt nach Auffassung der Beteiligten in einer offensiven Bürgerinformation, in unterlassenen Vertröstungen und einer direkten Beteiligung der Öffentlichkeit. Ein Beirat reiche nicht aus. Schwarzenholz machte die Glaubwürdigkeit der Landesumweltpolitik an der Deponiefrage fest. „Wir müssen Mißmanagement deutlich machen“, so Bredemeier. „Wut aufgreifen und kanalisieren“, lenken Rode und Hauser den Blick erneut auf den Runden Tisch. Zuvor hatte Hartmut Buhre (Rosenhagen) von „ohnmächtiger Wut“ in der Bevölkerung gesprochen und so den Schaumburger SPD-Politiker Reckmann der Lüge im Landtag bezichtigt; denn Reckmann hatte in der jüngsten Debatte behauptet, „die Bürger seien mit dem Beschluß der Landesregierung zufrieden“ (DIE HARKE berichtete). In zehn Jahren sei die Deponie so saniert, „wie jetzt dargestellt“, ist Hüsemann optimistisch, daß die Wasserhaltung noch kommt.





Klare Worte: Vera Hauser, Willi Heineking, Peter Thiele, Detlef Rode, Christian Schwarzenholz und Heinz Schröder (von links). Foto: Reckleben

*Deponie Münnehagen erneut Tummelplatz der Parteipolitik?*

## **Zweck(wahl)optimismus**

...schließlich fielen sie sich weinend um den Hals. Den Eindruck hinterließen Forderungen und Versprechungen von Landespolitikern und derjenigen, die es werden wollen. Wer noch nicht begriffen hat, daß die Deponie kein landespolitisches

### **Der Kommentar**

Problem mehr, sondern in der Regionalität versunken ist, überschätzt sich. Denn es geht um Geld. Egal wer regiert, das Land hat keines. Um die Deponie wird kein politisches Chaos eintreten, wie behauptet. Rodes Muskelspiel gegen seine SPD-

Fraktion ist abzuwarten. Mit Spiegel- fechterei wird die Sanierung eher aus Bürgerköpfen verschwinden, als sich mancher träumen läßt. So war die Veranstaltung Zweck(wahl)optimismus. Nur die Bürgerinitiative besitzt O-Töne von Politikern, die sich aus dem Fenster lehnten. *Stefan Reckleben*